

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
2000 bis 2016
Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/102

Danksagung und Widmung

<p>Wage es, der Einzelne zu sein. Wage es, zu leben. <i>Sören Kierkegaard (1813-1855, dänischer Philosoph)</i></p>
--

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

José Ayala Lasso, Jens Kristian Bech Pedersen, Bruno Bandulet, André Barmettler, Jens Berger, Sonja van Biezen, Wilfried Böhm, Michael Brückner, Wibke Bruhns, Günter Buchstab, Michael Chapman, Stéphane Courtois, Alexander Demandt, Alfred Dregger, Jürgen Elsässer, Valentin Falin, Siegmund Faust, Norman G. Finkelstein, Reinhard Franzke, Jörg Friedrich, Lothar Gassmann, Joachim Gauck, Jörg-Dieter Gauger, Günter Gaus, Rüdiger Goldmann, Wilhelm von Gottberg, Uwe Greve, Lothar Groppe, Alfred Grosser, Raphael-Maria Grünwald, Alfred Häussler, Daniel Hecker, Hans-Olaf Henkel, Jürgen Henkel, Helga Hirsch, Hermann Hitthaler, Rolf Hochhuth, Joachim Hoffmann, Klaus Höpcke, Klaus Hornung, Leif Guldman Ipsen, Oliver Janich, Heiner Kappel, Günter Keil, Lothar Kettenacker, Eberhard Kleina, Michael Klonovsky, Horst Koch, Volker Koop, Walter Krämer, Josef Kraus, Jochen Kummer, Hans-Joachim von Leesen, Konrad Löw, Hans-Joachim Lüdecke, Herbert Ludwig, Hans-Jürgen Mahlitz, Helmut Matthies, Horst Möller, Norman N. Naimark, Heinz Nawratil, Elisabeth Nussbaumer, Hans Penner, Tino Perlick, Gerd-Rüdiger Puin, Andreas Püttmann, Wolfgang Reith, Johannes Rogalla von Bieberstein, Andrea Ricci, Ilaus Rainer Röhl, Thilo Sarrazin, Ulrich Schacht, Dorothea Schäfer, Joachim Schäfer, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Ingrid Schlotterbeck, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Sigurd Schulien, Thorsten Schulte, Gerd Schultze-Rhonhof, Björn Schumacher, Eva Schweitzer, Gabor Steingart, Wolfgang Thüne, Ernst Topitsch, Eberhard Troeger, Hans-Peter Uhl, Udo Ulfkotte, Karlheinz Weißmann, Rudolf Willeke, Willy Wimmer, Stefan Winckler, Michael Wolffsohn, Gideon Wolfsen, Christian Wulff und Alfred Maurice de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

Wer Geistern dient, die nicht seine eigenen sind, ist ein Schmeichler. Wer eine Gelegenheit zu rechtschaffenem Tun sieht, sie aber nicht ergreift, der ist ein Feigling.

Konfuzius (551-479 vor Christus, chinesischer Philosoph)

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsläufig die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die deutsche Geschichtsschreibung wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

Wir sind nicht auf dieser Welt, um glücklich zu werden, sondern um unsere Pflicht zu erfüllen.

Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)

Die fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der entsprechenden Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche Geschichte und die Geschichte der jeweils beteiligten Staaten.

Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

Die Jahre 2000 bis 2016 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:

15.01.2000: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 15. Januar 2000 (x887/...): >>Streit und Hader um Gott

Abgeordnete wollen den religiösen Bezug aus der Präambel streichen

Die kürzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gemachte Äußerung, in Deutschland lebende Ausländer müßten die abendländische Kultur als "Leitkultur" akzeptieren, ist eine zwar von tiefer christlicher Verbundenheit zeugende, aber dennoch leicht mißverständliche Aussage. Aber immerhin war es der Versuch, sich auf eine eigene kulturell-religiöse Wertewelt zu beziehen.

Und dies in einer Zeit, in der Bundestagsabgeordnete, vor allem aus der Ecke der SPD und der Bündnisgrünen, fordern, den Anfang der Präambel des Grundgesetzes "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ..." zu streichen. "Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde", meint der SPD-Abgeordnete Eckardt Bartel. Auch der grüne Bundestagsabgeordnete und von türkischen Eltern abstammende Cem Özdemir ist der Ansicht, daß eine "Konstitutionalisierung des Christengottes" zu Abgrenzung und Intoleranz führe. ...

Deutschland steht angesichts der Überflutung vor allem türkischer, arabischer und anderer mehr oder weniger Asyl suchenden Völkerschaft vor einem immer größer werdenden und schier unlösbaren Problem. Die Kriminalität steigt, unseliger islamischer Fundalismus, der nicht mit allem Arabischen zu verwechseln ist, nimmt kontinuierlich zu. ...<<

26.01.2000: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Januar 2000: >>Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht

Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:

Kein Kommentar.

Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft – in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein. ...<<

13.03.2000: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtet am 13. März 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>Elegant verschleiert

Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.

... Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Mil-

liarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.

Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor: Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliarden-Forderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.

Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.

Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt. ...<<

14.04.2000: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

13.05.2000: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...<<

22.07.2000: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Juli 2000: >>**Deutsche als Zwangsarbeiter**

Der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz (CDU), hat die Bundesregierung aufgerufen, die deutschen Zwangsarbeiter bei den Entschädigungen nicht zu vergessen. Auch sie erwarteten zu Recht ein sichtbares Zeichen, erklärte Merz in der Bremerhavener "Nordsee-Zeitung". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere hunderttausend Deutsche in der Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter eingesetzt.<<

04.09.2000: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. September 2000: >>**Verheugen verärgert EU-Spitze**

EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzieren sich von Verheugens Äußerungen. ...

Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern

Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen. In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben." ...<<

26.10.2000: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Oktober 2000: >>"In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder"

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitletzung über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäischen Union. ...

Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<

28.10.2000: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Oktober 2000: >>"Holocaust-Denkmal kostet 50 Millionen Mark"

Das in Berlin geplante Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden wird nach jüngsten Berechnungen rund 50 Millionen Mark kosten. ...

Das Mahnmal, das an die 6 Millionen ermordeten Juden in Europa erinnert, wird zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz errichtet. Die Sprecherin des Denkmal-Fördervereins, Lea Rosh, berichtete, die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wolle sich an der Gestaltung des Dokumentationszentrums beteiligen. Sämtliche Namen, Daten und Schicksale der während des Nazi-Regimes ermordeten Juden sollen in Berlin in einem "Raum der Namen" einsehbar sein.<<

13.12.2000: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 2000: >>"Als der Gottkaiser den Frauen die Würde nahm"

Ein Tribunal verurteilt Japan wegen Zwangsprostitution

... Am Wochenende hat Wan Aihua ihre Geschichte vier Richtern eines symbolischen Kriegsverbrechertribunals in Tokio erzählt - stellvertretend für rund 200.000 asiatische Frauen, die vor und während des Zweiten Weltkrieges in den japanisch besetzten Ländern zur Prostitution gezwungen wurden. ...

(Richterin Gabrielle Kirk) McDonald (ehemalige Präsidentin des UN-Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag) forderte Japan auf, die Verbrechen umfassend aufzuklären und sich bei den überlebenden Frauen zu entschuldigen. Sie müßten auch Entschädigungen erhalten. Die Vereinten Nationen und andere Staaten sollten darauf dringen, daß Japan diesen Verpflichtungen nachkomme.

Damit widersprach das Tribunal der in Japan gängigen Auffassung der Gerichte, daß die Verbrechen verjährt seien und Einzelpersonen keine Entschädigung einklagen könnten. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht, und Friedensverträge können keine Klagen von Individuen ausschließen", sagte McDonald.

... Jetzt verlangt das Tribunal, daß Tokio die ungesühnten Verbrechen mit aller Offenheit aufklärt, Schuldige beim Namen nennt und sicherstellt, daß sich solche Verbrechen im Namen Nippons nicht wiederholen können. Dazu gehöre auch eine sachlich richtige Darstellung der Geschehnisse in den Schulbüchern und die Errichtung eines Museums, in dem diese Greuel angemessen dokumentiert werden. ...<<

09.06.2001: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 9. Juni 2001 (x887/...):

>>"**Nicht aufrechnen, aber erinnern!**"

Hans-Peter Uhl (CSU-Politiker, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages) zur Zwangsarbeiter-Problematik

Der Weg für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter ist nun frei. Nachdem die Sammelklagen in den USA abgewiesen wurden und die Frage der Rechtssicherheit im Bundestag - mit der Feststellung ausreichender Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen am 30. Mai 2001 - geklärt wurde, kommt das Stiftungsgesetz in Gestalt von Auszahlungen zur Anwendung.

Zu Recht trägt die Stiftung den Titel "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft", denn ohne Erinnerung und Übernahme der Verantwortung für das Geschehene kann es keine gedeihliche Zukunft geben, kein friedliches Miteinander unter Nachbarn. Wir beweisen durch sie erneut unsere Verantwortung vor der historischen Wahrheit. Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft wollen mit dieser Stiftung die bereits geleisteten Wiedergutmachungszahlungen noch einmal ergänzen, um dadurch ein Zeichen der Versöhnung zu setzen.

Das Wachhalten der Erinnerung an das vergangene Leid darf aber auch nicht dazu führen, daß das Erinnern zur alleinigen Verpflichtung der Deutschen wird. Die richtige Erinnerung darf nicht bei unserer schonungslosen Aufdeckung von Verbrechen durch die Nazi-Herrschaft stehenbleiben:

- Der Verbrechen der Deutschen wird gedacht.

- Aber die Verbrechen an Deutschen werden ausgeblendet.

Ohne jede Aufrechnungsabsicht muß festgestellt werden: Das Unrecht des Naziregimes hat letztlich auch das Unrecht an vielen Deutschen ausgelöst. Aber ein Unrecht kann das andere Unrecht niemals rechtfertigen. Es kann kein Aufrechnen geben. Weder für uns noch für andere. Erinnern kann nicht teilbar sein!

Es darf zu keiner ewigen Stigmatisierung der Deutschen kommen. Sonst bedeutete das: Deutsche dürfen ihre Verbrechen nicht aufrechnen. Wohl aber dürfen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, mit dem NS-Unrecht aufgewogen werden. ...<<

22.12.2001: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 22. Dezember 2001 (x887/...): >>Mehr als ein Staat - eine Idee

Zum 300. Jahrestag der Gründung des Königreichs Preußen

Preußen, das stellt für im gegenwärtigen Zeitgeist verhaftete Deutsche ein Reizwort dar, verbunden mit Attributen wie Militarismus, Kadavergehorsam oder auch Autoritätshörigkeit. Für andere hingegen ist Preußen gleichbedeutend mit Tugenden wie Pflichtbewußtsein, Toleranz und Sparsamkeit.

Dreihundert Jahre nach der Gründung des Königreiches Preußen und mehr als ein halbes Jahrhundert nach der offiziellen Auflösung des zu jenem Zeitpunkt schon gar nicht mehr existierenden Staates scheiden sich noch immer die Geister an diesem geschichtlichen Phänomen

...

Am 25. Februar 1947 erließ der Alliierte Kontrollrat, der sich damals aus den Generalen Lucius Clay (USA), Sir Brian Robertson (Großbritannien) und Joseph Pierre Koenig (Frankreich) sowie dem Marschall Wassili Sokolowski (Sowjetunion) zusammensetzte und der die oberste Regierungsgewalt auf dem Territorium des besetzten Deutschland ausübte, das Gesetz Nr. 46, in dem es hieß:

"Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel I

Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst." ...

Wie dem auch sei - von Preußen ging für Freund und Feind stets eine eigenartige Faszination aus. "Was es seinen Nachbarn lange Zeit unheimlich und manchmal gefährlich machte", so urteilte ein anderer Preußen-Forscher, Sebastian Haffner, "war viel weniger sein Militarismus als die Qualität seiner Staatlichkeit: seine unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, seine religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung."

Preußen war immer ein Rechtsstaat, und der Wahlspruch "sum cuique" ("Jedem das Seine") stellte das "Bekenntnis zu einer gerechten sozialen Staatsordnung" dar, denn "Recht war Recht, und Unrecht war Unrecht, und dazwischen lag nichts als das sittliche Gesetz im Menschen und das Gesetz des Staates über dem Menschen".

Für den britischen Historiker Feuchtwanger schien deshalb Preußen "einzigartig in seiner Fähigkeit, ein Gefühl gegenseitigen Vertrauens zwischen Bürgern und Staat zu schaffen", und Oswald Spengler sinnierte ergänzend: "Demokratie bedeutet in England die Möglichkeit für jedermann reich zu werden, in Preußen die Möglichkeit, jeden vorhandenen Rang zu erreichen."

In der Tat waren es die klassischen preußischen Tugenden, die den Staat im 18. Jahrhundert zum modernsten Europas werden ließen: neben der Rechtsstaatlichkeit die Sparsamkeit, religiöse und weltanschauliche Toleranz, Pflichterfüllung und Dienst am Gemeinwesen.

Preußen nahm die Hugenotten und die Salzburger Protestanten auf, ja es war überhaupt das erste Land der Erde, das absolute Religionsfreiheit gewährte.

Als erstes Land der Erde führte es auch die Schulpflicht ein, schaffte die Pressezensur ab und schuf durch sein "Allgemeines Landrecht" die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz.

Als eines der ersten Länder dieser Welt gab es auch den Juden volle Bürgerrechte, nicht zuletzt entstand die moderne, der übrigen Welt später als Vorbild dienende Sozialgesetzgebung Bismarcks unter der Führung Preußens. ...<<

01.01.2002: Das Euro-Bargeld wird am 1. Januar 2002 in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

28.02.2002: Der Euro wird zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung ist damit erfolgreich abgeschlossen.

18.03.2002: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. ...<<

23.08.2003: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 23. August 2003 (x887/...): >>**Skandalöser Artikel über Vertriebene in polnischem Magazin**

... Ein alarmierender Fall aus jüngster Zeit ist ein Artikel in der Zeitschrift Wprost vom 3. August. Man könnte über diesen polemischen und nicht selten böswilligen Beitrag einer gewissen Krystyna Grzybowska über die bundesdeutsche Politik und die Vertriebenen hinweggehen, wäre er nicht im vielbeachteten Wochenmagazin Wprost (Direkt) erschienen - einer Art polnischem Spiegel mit Elementen von Focus und Bild. ...

Zu dem von der Verfasserin wörtlich erhobenen Vorwurf, die deutsche Seite würde die Unterschiede zwischen Evakuierungen, zwangsweisen Umzügen, Flucht und Vertreibung "verwi-

schen", sei mit dem amerikanischen Völkerrechtler und Historiker de Zayas darauf hingewiesen, daß praktisch alle Betroffenen nach dem Ende der Kämpfe heimkehren wollten. Daran wurden sie dann von den polnischen, tschechischen oder sowjetischen Behörden gehindert und so zu Vertriebenen gemacht.

Besonders abwegig ist die folgende Passage: "Die Vertreibung" wurde "niemals rücksichtslos und konsequent umgesetzt. Wenn es so wäre, gäbe es heute keine deutsche Minderheit in Polen sowie deren Vertretung im Sejm. Weder die Flüchtlinge und Aussiedler noch die falschen Deutschen, die in der Zeit des Kommunismus in die Bundesrepublik Deutschland gelangten, ... sind Vertriebene."

In aller Kürze sei zu diesen Behauptungen, die einem schier die Sprache verschlagen, Folgendes angemerkt: Die Warschauer Kommunisten setzten die ethnischen Säuberungen nur dort nicht konsequent durch, wo sie Deutsche als Fachkräfte für die Wirtschaft brauchten (etwa bei Waldenburg) oder wo sie - wie in Oberschlesien und Masuren - in Anwendung der "Autochthonen"-Theorie auf eine rasche Polonisierung hofften. ...

Gegen Ende des Wprost-Artikels schwadroniert die Verfasserin darüber, daß die angebliche neue deutsche Interpretation des Krieges und seiner Folgen einen "Verlust an Sensibilität" beweise, da die "Leiden des Verursachers und das Leiden des Opfers ... niemals moralisch gleichgestellt werden" könnten.

Damit redet die Wprost-Autorin einer Kollektivschuld-Mentalität und der Zweiteilung in gute und böse Opfer das Wort, deren ethische Fragwürdigkeit den Keim für neuen Völkerhaß legen.

Statt dessen sollte sie sich an Sätze aus einem Memorandum erinnern, das Robert Murphy, Berater der US-Militärregierung in Berlin, am 12. Oktober 1945 angesichts der zahllosen Vertriebenen verfaßte: "Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Dies ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ..." <<

15.11.2003: Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schreibt am 15. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Undank ist der Deutschen Lohn

Erstmals werden in der Bundesrepublik Deutschland die Renten gekürzt. Deutschlands Städte protestieren gegen ihre Finanznot und fürchten den Kollaps der Kommunen. Die Krankenkassen sind im Defizit. Das Geld für die Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition fehlt. Die erwarteten Steuern bleiben aus. Die eurobedingten Preissteigerungen haben zu einer zusätzlichen Kaufzurückhaltung geführt, die jedermann beim Einkauf des alltäglichen Grundbedarfs und bei jedem Restaurantbesuch spürt, auch wenn Statistiker versuchen, diese Entwicklung schönzurechnen.

So oder so wird eine Steuerreform mit dem Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit nur auf Pump möglich sein und so zu einer Schraube ohne Ende. Sparen an allen Ecken und Enden wirkt sich als Sozialabbau aus. Eine Inflation an Kommissionen aller Art aus tatsächlichen und vermeintlichen Fachleuten beweist die Ratlosigkeit der Regierung und der Parlamente.

Jedenfalls ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den sogenannten Stabilitätspakt zu erfüllen, der einst vom Euro-Kanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Theo Waigel erfunden wurde, um die Deutschen darüber hinweg zu täuschen, daß ihre geliebte D-Mark auf dem Altar "Europas" geopfert wurde und eine Einheitswährung den Wettbewerb der europäischen Währungen untereinander ablöste.

... Im Jahr 2007 soll eine neue EU-Finanzplanung beginnen, die Verhandlungen der EU-Regierungen darüber sollen Anfang 2005 abgeschlossen sein. Bis dahin jedenfalls wird alles weiter laufen wie gehabt: Deutschland ist und bleibt der bei weitem größte Nettozahler der EU

- und wer glaubt schon, daß es anders werden wird, besonders nach der Ost-Erweiterung, die Deutschland teuer zu stehen kommen wird!

Der famose Konvent mit seinem Vertrag für eine Europäische Verfassung sieht vor, daß auch über die Finanzplanung einstimmig beschlossen werden muß. Wenn dann 25 Regierungen an einem Tisch sitzen, wird jeder, der noch einen Wunsch hat, so lange blockieren, bis er zufrieden ist.

Der Heidelberger Professor Franz-Ullrich Willeke hat unlängst nach einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank darauf hingewiesen, daß Deutschland seit der Wiedervereinigung von 1990 bis 2002 an die EU Nettobeträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, das sind 142,6 Milliarden Euro, entrichtet hat!

Mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Zeit rund 279 Milliarden Mark mehr an die EU gezahlt, als es von ihr zurückbekam! Statt Deutschland wegen seiner enormen innerdeutschen Aufwendungen zur Überwindung der vom Sozialismus angerichteten Schäden zu entlasten, stiegen seine Nettozahlungen an die EU weiter an. ...<<

13.12.2003: Die Verhandlungen über die europäische Verfassung scheitern am 13. Dezember 2003 in Brüssel.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 2003: >>Europäische Verfassung: "Historische Chance verpaßt" - EU-Gipfel gescheitert

Der EU-Gipfel zur europäischen Verfassung ist gescheitert und hat die Gemeinschaft in eine schwere Krise gestürzt. Die Staats- und Regierungschefs hätten sich am Samstag in Brüssel nicht über die künftige Stimmengewichtung im Ministerrat einigen können, hieß es aus der italienischen Delegation. Im Januar soll unter irischer EU-Präsidentschaft ein Ausweg aus der Sackgasse gesucht werden, hieß es nach belgischen Angaben. ...<<

21.02.2004: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:

"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht.

Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<

03.04.2004: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. April 2004 (x887/...): >>Auf dem Weg zu einer "DDR light"?

Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als "Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. ...

Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. ...

Ist es nicht die angeblich faschistische Polizei der "restaurativen" 50er und 60er Jahre, der "Bullenstaat" unter Adenauer, Erhard und Kiesinger gewesen, als man mit ach so brutaler Gewalt gegen KPD- und 68er APO-Aufmärsche vorgegangen war? Heute kritisieren die Antifa-Helden von damals die Polizei, weil sie vermeintlich nicht hart genug gegen den "Terror von rechts" vorgeht. Aber "Bullenklatschen" kann man natürlich mit "Zeckenklatschen" ebenso wenig vergleichen wie Kommunismus und Nationalsozialismus; Molotowcocktails bei NPD-Chaoten sind eben etwas ganz anderes als bei Antifa-Chaoten.

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien (besonders in Diktaturen), daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches. ...

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird?

Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte. ...

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<

18.06.2004: Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigen sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde.

Diese Europäische Verfassung sieht in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezieht sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".

29.05.2005: Die Franzosen (55 %) lehnen am 29. Mai 2005 die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.

01.06.2005: Die Niederländer stimmen am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich (61,5 %) gegen die Europäische Verfassung.

Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gerät der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegt danach, wie sie die Europäische Verfassung retten kann, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden muß.

10.01.2006: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 10. Januar 2006: >>**Gast-**

professur an Elite-Uni

Fischers neues Leben

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastpro-

fessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.

In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik. ...<<

29.04.2006: Der deutsche Journalist Helmut Matthies schreibt am 29. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Gewinner der Einheit

DDR-Bürgerrechtler sind vergessen, es lebe die PDS

Deutschland ist ein seltsames Land. Die jüngsten Wahlen ergaben, daß Rechtsextreme (DVU, NPD) eine geringere Rolle denn je spielen. Anstatt sich darüber zu freuen, erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland im Blick auf Sachsen-Anhalt, die etablierten Parteien hätten "die Begeisterung für rechtsextremistische Parteien nicht gebrochen".

Tatsache ist: Die NPD trat gar nicht an. Sie unterstützte die DVU, die aber trotzdem nur 3 Prozent (1998 waren es noch 12,9 Prozent!) erhielt. Begeisterung?

Daß in Sachsen-Anhalt Linksaußen 25,2 Prozent (4,2 Prozent mehr) erhielt, ist weder Juden noch Kirchen noch Parteien eine Silbe des Bedauerns wert. Und hier liegt das Problem: Während Rechtsaußen marginalisiert ist, feiert Linksaußen einen Triumph nach dem anderen.

Nicht genug damit, daß die PDS-Größen Gregor Gysi und Lothar Bisky von Talkshow zu Talkshow gereicht werden, obwohl sie in der SED-Diktatur verantwortliche Positionen innehatten. Jetzt ist eine PDS- beziehungsweise Linkspartei-Frau gar in eines der höchsten Staatsämter gewählt worden: Petra Pau wurde eine der Vizepräsidenten des Bundestages.

Der SPD-Politiker Hans-Peter Bartels begründete dies lapidar mit den Worten, man habe sich "mit der kommunistischen Fraktion geeinigt", und dann "bekommt man eben eine Kommunistin". Petra Pau arbeitete einst im Zentralrat der FDJ. Christen, die sich weigerten, der FDJ beizutreten, durften oft nicht an die Oberschule beziehungsweise an eine Hochschule. ...

Sind etwa Mitarbeiter im Unterdrückungssystem nun im demokratischen Deutschland Gewinner der Einheit? Die einstigen Bürgerrechtler sind jedenfalls so gut wie alle aus dem Bundestag verschwunden. ...

Deutschland hat 6.000 Gedenkstätten, die an das Nazi-Unrecht erinnern. Dagegen gibt es nur wenige über die zweite deutsche Diktatur im letzten Jahrhundert. Eine Gedenkstätte, die das Leid der Christen, die sich der Diktatur verweigerten, vor dem Vergessen bewahrt, ist nicht einmal im Gespräch. ...<<

12.06.2006: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Juni 2006: >>"Im Auftrag des Gewissens"

Begin war Drahtzieher des Adenauer-Attentats

Menachem Begin, der spätere israelische Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1978, war Auftraggeber, Organisator und Geldbeschaffer eines Anschlags auf Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahr 1952. Das ergibt sich aus einem Bericht mit dem Titel "Im Auftrag des Gewissens", den Elieser Sudit, einer der beiden Haupttäter, mehr als vierzig Jahre nach dem Anschlag niedergeschrieben hat.

Die Umstände der damaligen Bombenattentate und den Gang der Ermittlungen beschrieb der Journalist Henning Sietz zunächst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Juli 2003 und später in dem Buch "Attentat auf Adenauer. Die geheime Geschichte eines politischen Anschlags".

Der Kreis der mutmaßlichen Täter konnte damals zwar eingegrenzt, aber nicht vollständig

geklärt werden. Jetzt stehen die Namen der Attentäter fest - es handelt sich um ehemalige Aktivisten der 1948 aufgelösten jüdischen Terrororganisation "Irgun Zwai Leumi", auch "Etzel" genannt, die gegen die britische Mandatsmacht gekämpft hatte. ...<<

23.12.2006: Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule) schreibt am 23. Dezember 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...):

>>**Bis heute ungelöst**

Die "Preußische Treuhand" hat ihre Entschädigungsklagen auf den Weg gebracht

Die "Preußische Treuhand" - eine Vereinigung von Vertriebenen zur Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen für zurückgelassenes Eigentum in den früheren Ostprovinzen des Deutschen Reiches - hat vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Individualbeschwerden gegen die Republik Polen eingereicht.

Damit hat die Organisation nun realisiert, was seit drei Jahren recht häufig angekündigt wurde. Die politische Klasse in Polen von ganz rechts bis links ist empört. Die Kommentare in den polnischen Zeitungen zu dem Vorgang haben fast durchgängig einen antideutschen Tenor und sind von dem zur Staatsräson erhobenen Vorwurf geprägt, daß die Täter (Deutsche) sich zu Opfern stilisieren wollen. Eine sachliche Diskussion über die berechnete oder unberechnete Forderung von Entschädigungsansprüchen kann in Polen im Jahr 2006 noch nicht geführt werden.

Die Bundesregierung hat sich, wie auch schon die rot-grüne Vorgängerregierung, von der "Preußischen Treuhand" scharf distanziert und deren Handeln verurteilt. Tatsächlich ist aber durch Versäumnisse der Bundesregierungen seit 1990 bei der Regelung der Kriegsfolgelasten und bei den Vertragswerken mit den Nachbarstaaten im Osten die Situation geschaffen worden, die zur Gründung der Treuhand geführt haben. Durch Aussitzen und "unter den Teppich kehren" wollte die deutsche Politik die ungelösten Entschädigungsfragen vom Tisch bekommen. Diese Strategie ist zusammengebrochen.

Länger als ein Jahrzehnt haben die betroffenen Ostdeutschen auf eine Initiative der deutschen, beziehungsweise der polnischen Regierung für die Regelung der offenen Vermögensfrage gewartet. Es hat sich nichts getan. Die Kohl-Regierung hatte 1990 versprochen, dieses Problem in absehbarer Zeit einer Lösung zuzuführen. Später ist sie, wie auch die Nachfolgeregierungen davon abgerückt. Heute heißt es lapidar, man wolle das nachbarschaftliche Verhältnis zu Polen nicht mit Fragen aus der Vergangenheit belasten. ...

Wenn die Bundesregierung nicht in Verhandlungen mit den Nachbarstaaten über die Lösung der Entschädigungsfrage eintreten will - nach vielen amtlichen Verlautbarungen will sie das nicht, obwohl es geboten wäre - bleibt nur noch ein Weg, die Treuhand und deren Aktivitäten gegenstandslos zu machen. Die Bundesregierung muß eine nationale Lösung anstreben und die berechtigten Ansprüche aus eigenen Mitteln entschädigen. Dies würde Deutschland keineswegs überfordern, denn vor dem Hintergrund der noch immer praktizierten deutschen Scheckbuchdiplomatie würden wenige hundert Millionen Euro den deutschen Staat nicht zahlungsunfähig machen.

Diesen Weg ist auch Polen gegangen. Einzelklagen von zwangsumgesiedelten Ostpolen aus den heute zur Ukraine gehörenden früheren ostpolnischen Gebieten, sind durch polnische Gerichte positiv beschieden worden. Der polnische Staat hat im Einzelfall entschädigt.

Die Entschädigungsproblematik für zurückgelassenes Eigentum bei Vertreibungen und Zwangsumsiedelungen ist durchaus nicht nur eine spezifisch deutsch-polnische Angelegenheit. Dieser Tage erst hat ein zypriotisches Gericht die berechtigten Eigentumsansprüche vertriebener Zyprioten anerkannt. ...<<

01.01.2007: Bulgarien und Rumänien treten am 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.

05.05.2007: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Mai 2007 (x887/...): >>**Christlichen Glauben schützen**

Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagraphen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer des Vereins "Die Wende" gefordert. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müßten den christlichen Glauben mit demselben Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten. Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der "Wende" werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.

Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte. Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, "das Heilige heilig zu halten", um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren. Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten.

...<<

13.12.2007: Die 27 EU-Staaten unterzeichnen am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag soll die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.

21.12.2007: Der Schengen-Raum wird am 21. Dezember 2007 um Estland, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Lettland, Malta, Litauen, Slowakei und Slowenien erweitert.

12.06.2008: Bei dem Referendum vom 12. Juni 2008 stimmen 53,4 % der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon.

18.06.2008: Ungeachtet der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrages beschließt der Europäische Rat am 18./19. Juni 2008, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen.

18.10.2008: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 2008 (x887/...): >>"Völkerrecht à la carte"

Straßburger Menschenrechtsgerichtshof weist Beschwerde von Vertriebenen zurück

Der Menschenrechtsgerichtshof hat die Klage von 23 Vertriebenen aus dem Gebiet des heutigen Polen abgewiesen. Deutschen Zeitungen war die Entscheidung des Rechtsstreits "Preußische Treuhand vs. Polen" nur kurze Meldungen wert. Polnische Medien verglichen das Urteil hingegen mit dem Sieg Polens über die Kreuzritter in der Schlacht bei Tannenberg (Grunwald) im Jahre 1410.

Auch 19 Jahre nach dem Ende des Kommunismus scheinen Polen und Deutsche in unterschiedlichen Welten zu leben. Ein von Deutschen angestregtes Gerichtsverfahren, das den östlichen Nachbarn jahrelang in Atem gehalten hat und potentiell über 12 Millionen Deutsche betrifft, ist den meisten deutschen Medien kaum der Erwähnung wert. Selbst das Urteil, das Ende vergangener Woche in Polen zu einem Ausbruch nationaler Emotionen führte, ist ihnen kaum eine Meldung wert, sowenig wie das Echo in Polen selbst.

"Viele Politiker und Medien haben die Straßburger Entscheidung wie nach der Schlacht bei Grunwald als einen historischen Sieg gegen Deutschland gefeiert. Schlimme Schlagzeilen entstanden, die wir hier nicht auch noch publizieren wollen", berichtet der in Posen erscheinende Internet-Dienst "PolskaWeb" in seinem deutschsprachigen Angebot.

Die Fakten: 23 Kläger, vereint in der "Preußischen Treuhand" unter Leitung von Rudi Pawelka, dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, hatten nach langer Vorbereitung im November 2006 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eine Eingabe eingereicht, die die Republik Polen zur Wiedergutmachung insbesondere der Enteignungen verpflichten sollte. Diese Eingabe hat der siebenköpfige Senat nun "ratione temporis" (aus Zeitgründen) als unzulässig abgewiesen.

Das Gericht nimmt in dem 21-seitigen Urteil zur ursprünglichen Enteignung oder zur Vertreibung nicht Stellung, sondern argumentiert überwiegend formal, daß diese Vorgänge vor dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahre 1950 (in Polen erst 1994)

geschehen seien.

Allerdings haben die Kläger geltend gemacht, daß ihre Enteignung im Zuge eines unverjährbaren Verbrechens gegen die Menschlichkeit geschehen sei und schon deswegen ein andauerndes Unrecht (Dauerdelikt) darstelle, das auch heute noch Wiedergutmachung verlange. Dieses Argument war für das Gericht nicht ganz leicht zu widerlegen, zumal der offenbar ähnlich gelagerte Präzedenzfall einer aus Nordzypem vertriebenen Griechin vorliegt. Hier hat das Straßburger Gericht die Türkei zu Rückgabe bzw. Entschädigung nach dem Eigentumsentzug im Jahre 1974 verpflichtet.

Und so hat das Gericht es doch nicht bei dem bloßen Terminhinweis "die Enteignungen geschahen vor 1950" belassen können, sondern sich auf mehreren Seiten mit den damaligen Vorgängen rechtlicher und tatsächlicher Art befassen müssen. Genau hier ist das Urteil in etlichen Punkten fragwürdig. So wird - um nur ein Beispiel zu nennen - die Abschlusserklärung der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 als "Potsdamer Abkommen" bezeichnet und wie ein völkerrechtlicher Vertrag bewertet.

"Das Straßburger Gericht hätte ohne weiteres zugunsten der Beschwerdeführer entscheiden können", bedauert der US-amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas den Richterspruch. "Wie so oft hat der Gerichtshof aber politisch geurteilt." Das sei "Völkerrecht à la carte. Das Völkerrecht nimmt mit jedem Urteil Schaden, in dem die Opfer eines derartigen Verbrechens leer ausgehen", bedauert der langjährige UNO-Jurist. "Eine mögliche Konsequenz wäre, daß die Treuhand nun mit in den USA lebenden Vertriebenen eine Sammelklage nach US-Recht anstrengt", erläutert de Zayas.

Es sei bezeichnend, daß mit der Straßburger Entscheidung auch das Recht einer jüdischen Alt-eigentümerin (Irene Zieboldt aus Breslau) unter die Räder gekommen sei. Dies belege aber nur die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Für unerträglich hält de Zayas den Hinweis des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, den er mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier vor der Presse gab: "Das ist das Ende (gemeint: der Treuhand-Klage) auf das wir zusammen seit dem Jahr 2004 hingewirkt haben."

De Zayas: "Es muß geprüft werden, ob diese Aussage zutrifft und wenn ja, mit welchen Methoden hier zwei Regierungen auf ein zur Unabhängigkeit verpflichtetes Gericht Einfluß genommen haben", erinnert er an das Prinzip der Gewaltenteilung.<<

06.12.2008: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein

Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz

Es erscheint absurd, aber Deutschland zahlt nun bereits über lange Jahre hinweg riesige Summen in den gemeinsamen europäischen Topf ein, während die Sprache der Deutschen im Brüsseler Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, daß alle Anstrengungen vom Bundestag und den verschiedenen Landtagen, diesem Mißstand entgegenzuwirken, in der Realität nichts oder so gut wie nichts erbracht haben. Der seit Jahren andauernde Trend einer systematischen Benachteiligung der deutschen Sprache hält weiter an.

Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union (EU) allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind. ...

Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit

11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro.

Willeke machte zugleich deutlich, daß für eine "angemessene Netto-Zahlung" als Indikator nicht die Einwohnerzahlen von 80 oder 40 Millionen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen genommen werden müßte.

Dabei zeigt sich, daß für den genannten Zeitraum von 1995 bis 2003 Deutschland weit hinter anderen liegt: zum Beispiel mit 25.616 Euro hinter Frankreich (26.616 Euro), Belgien (26.470 Euro) und Großbritannien 27.179 Euro). ...

Im November haben nun die Bundesregierung und mehrere Bundesländer, ermahnt und gestützt von Bundestag und Landtagen, mit Nachdruck eine Gleichstellung des Deutschen mit den beiden anderen Arbeitssprachen Englisch und Französisch in der Praxis des europäischen Alltags verlangt. Längst wird die deutsche Sprache, die zu den 23 Amtssprachen zählt und formell eine der drei "Arbeitssprachen" ist, bei der Übersetzung wichtiger Arbeitsdokumente schlicht übergangen.

So liegen manche Rechtstexte, die der Bundestag ratifizieren muß, nur auf Englisch oder Französisch vor, wirtschaftlich bedeutsame Ausschreibungen der Brüsseler Behörden sind erst "nach verdächtig langer Zeit" in deutscher Übersetzung vorhanden, Internetseiten der Ratspräsidenschaften ebenfalls. ...<<

21.03.2009: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. März 2009 (x887/...): >>"Ausverkauf der Sprache"

... Eine bemerkenswerte Aktion hat die vom Verein für Sprachpflege herausgegebene Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" begonnen. Unter dem Motto "Schluß mit dem Ausverkauf der deutschen Sprache!" hat sie der massenhaften Verwendung des englischen Wortes "Sale" für (Schluß-)Verkauf und weiterer Anglizismen in der Werbung den Kampf angesagt. Mit Briefen, Flugblättern und Aufklebern werden Geschäftsleute dazu aufgefordert, eine kundenfreundliche Sprache zu verwenden.

Durch ihr Engagement für die Initiative "Sprachlicher Verbraucherschutz" setzt sich auch die CDU-Politikerin und BdV-Präsidentin Erika Steinbach für dieses Anliegen ein: "Wer erlebt hat, wie ein betagtes Frauchen ratlos vor einem Kaufhaus steht und das irritierte Murmeln mitbekommt 'Ist Sale nicht ein Fluß?', dem wird schlaglichtartig klar: Hier stimmt etwas nicht mehr im Lande."<<

01.08.2009: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. August 2009 (x887/...): >>"Auf Wiedersehen Deutschland"

2008 zogen mehr Menschen fort als zu, einige kommen wieder, doch die Besten bleiben häufig in der Ferne

Deutschland scheint vom Einwanderungsland zum Auswanderungsland geworden zu sein. ...

Und tatsächlich sind die Zahlen der Behörde dazu angetan, die Zukunft Deutschlands noch kritischer zu betrachten, als es anhand der demographischen Entwicklung und eines riesigen Schuldenberges bereits der Fall ist. ...

In der Bilanz ist trotzdem ein klarer Trend erkennbar: Während 2008 738.000 Personen aus Deutschland fortzogen, wanderten nur 682.000 Menschen nach Deutschland ein. Berücksichtigt man nur die Fort- und Zugänge der Personen mit deutschem Paß, so ergibt sich ein Negativsaldo von 66.000. Deutschland verliert also Deutsche, während gleichzeitig weniger Ausländer ins Land kommen. ...

Zwar gibt es in keinem anderen Land ein so gutes soziales Netz wie in Deutschland, doch das hält eher die Leistungsunwilligen und -unfähigen beziehungsweise zieht sie an. Die Leistungsfähigen, die das soziale Netz ja finanzieren müssen, schreckt es eher ab, daß ihr Gehalt inklusive Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen zu fast 70 Prozent vom Staat vereinnahmt

wird. ...<<

01.12.2009: Der Vertrag von Lissabon tritt am 1. Dezember 2009 in Kraft.

27.02.2010: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Februar 2010 (x887/...): >>Vom Erwerbszwang befreit

Bedingungsloses Grundeinkommen startet im Sommer als Test

Der Titel klingt verheißungsvoll: "100-mal neues Leben" heißt das rund zwei bis sieben Millionen Euro teure Projekt der Breuninger-Stiftung, das im Sommer 2010 in Stuttgart und – je nach Finanzlage – auch in einem kleinen Ort in Brandenburg starten soll. 100 Personen sollen für ein oder zwei Jahre ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. 800 Euro monatlich bekommen die Projektteilnehmer, die so vom "Zwang zur Arbeit", wie es der Gründer der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, beschreibt, befreit werden sollen. Werner leitet das Interfakultative Institut für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe, das an dem Projekt "100-mal neues Leben" beteiligt ist. ...

Dieses sehr philanthropisch anmutende Projekt verfolgt jedoch keine absolute Außenseiterposition. Auch Thomas Straubhaar, Leiter des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, spricht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle vom Säugling bis zum Greis bei Wegfall jeglicher anderer sozialer Leistungen aus. Er geht davon aus, daß die Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Disziplinen - von der Glücksforschung bis zur Verhaltensforschung - stimmen, daß der Mensch kein notorischer Drückeberger ist, sondern sich immer in irgendeiner Form nützlich machen und das Gefühl der Selbstwirksamkeit und der Verpflichtung erfahren will. Zwar gebe es Ausnahmen, doch die seien Einzelfälle.

Wie es dann jedoch kommt, daß die meisten Menschen so früh wie möglich in den Ruhestand wollen, ohne dann ehrenamtlich tätig zu sein oder Hartz-IV-Empfänger lieber fernsehen, als Alte und Kranke zu betreuen, bleibt rätselhaft, schließlich hält sie niemand vom ehrenamtlichen Engagement ab. Auch können die Ergebnisse des Projektes kaum repräsentativ sein, da jene, die sich bewerben, mit der Bewerbung ihren Eigenantrieb belegen.

Zudem ist anzunehmen, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen den Einwanderungsdruck Unqualifizierter erhöhen dürfte. Womöglich funktioniert es eben nur in einem geschlossenen Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Februar 2010 (x887/...): >>In einem offenen Brief an die Griechen appelliert "Stern"-Autor Walter Wüllenweber an das Gerechtigkeitsempfinden der Hellenen:

"Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht mal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins?"

Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente ... Von dem Geld, mit dem wir Euch 30 Jahre gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir uns leisten können.

Findet Ihr das gerecht?"<<

25.09.2010: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. September 2010 (x887/...): >>Fall Sarrazin: Todesurteile unter Nacktschnecken

Das Buch "Deutschland schafft sich ab" von Thilo Sarrazin hat nicht nur eine Diskussion über die Zukunft der deutschen Kultur und des Sozialstaates ausgelöst, es wird bisweilen auch als Zeichen einer langsam einsetzenden geistigen "Wende" gedeutet. Einige Beobachter zogen Parallelen zu Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" von 1977, das dem Untergang der DDR vorausging.

Sarrazin durchkreuzt dreierlei Absichten, die sich hinter dem "multikulturellen" Experiment verbergen. Wirtschaftskreise und ihre liberalen Helfer wünschen sich Einwanderung, um sich ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu erhalten. Die strategisch denkende Linke erhofft

sich dadurch eine Zuspitzung von Klassengegensätzen und ein neues aggressives Proletariat, das das "weiße" Bürgertum zu entmachten imstande wäre. "Grüne" wiederum setzen durch das Experimentieren mit "Vielfalt"- und "Diversity"-Konzepten darauf, einen transnationalen "neuen Menschen" zu kreieren.

Die herrschenden Eliten und die ihnen verbundenen Chefredakteurszimmer wirkten anfänglich ungewöhnlich paralysiert, bis schließlich wieder die üblichen bundesdeutschen Versuche der sozialen Ausgrenzung zum Laufen kamen. Doch die Vorwürfe gegen Sarrazin wirkten seltsam stumpf. Political Correctness und "Kampf gegen Rechts" scheinen ihren Zenit überschritten zu haben.

Im Gegenteil. Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz geißelte die "neuen Jakobiner", sprach von der "Götterdämmerung der 68er" und kritisierte die dem Volk entfremdete "Parallelgesellschaft" der politischen Elite und der Medienlinken: "Nichts hat den Geist der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig geprägt wie die Generationenherrschaft der 68er ... Seit Jahrzehnten haben die deutschen Linksintellektuellen keine politische Idee mehr gehabt. Und wenn man theoretisch nicht weiter weiß, wird man moralisch aggressiv."

Volker Zastrow wandte sich in der "FAZ" gegen den Claudia-Roth-Jargon: "Warum soll 'unerträglich' sein, daß einer die Welt so beschreibt? ... Nicht hilfreich, nicht zu ertragen, so lauten soziale Todesurteile unter den Nacktschnecken, die auf der eigenen Schleimspur Karriere machen. ..."<<

11.03.2011: Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutet am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertrinken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignet sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden muß.

Mai 2011: Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtet im Mai 2011 über die EU (x869/...): >>>Der Zahlmeister

Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war

Ein teurer Spaß: Professor Willeke rechnet vor, was die EU den Zahlmeister Deutschland bislang gekostet hat.

Im Mai war es ein Jahr her, daß der Deutsche Bundestag die Verfassung brach, die erste Griechenland-Hilfe und das Euro-Rettungspaket billigte, dem Steuerzahler Lasten in unbekannter Höhe aufbürdete und damit die Umwandlung der Euro-Zone in eine Transferunion in Gang setzte.

Damit ist gemeint, daß die Bundesregierung Kredite garantieren und Geld an andere Regierungen überweisen wird, um das gescheiterte Euro-Experiment zu verlängern. Dies nicht etwa aus Haushaltsüberschüssen, die bekanntlich auch in Deutschland nicht existieren, sondern finanziert durch die Aufnahme neuer Schulden, die auf den schon bestehenden Schuldenberg getürmt werden. In der Euro-Zone verschulden sich die Schuldner, damit die noch schlimmer Verschuldeten nicht pleite gehen. Am Ende sind wir alle Griechen. ...

Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. ...

Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro (in D-Mark fast das Doppelte) für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg inflationiert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010. ...<<

30.06.2011: Der deutsche Bundestag beschließt am 30. Juni 2011 den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**

Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampfthema wird damit im breiten Konsens befriedet. ...<<

25.07.2011: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. Juli 2011: >>**Die EU als Transferunion**

Hat Deutschland 61 Milliarden Euro zu viel bezahlt?

Dieses Buch ("Deutschland, Zahlmeister der EU". Olzog Verlag, München 2011) ist eine trockene und doch brisante Lektüre, mit sehr vielen Zahlen, Tabellen und Rechnungen. Es diskutiert Deutschlands Rolle als "Zahlmeister" der Europäischen Union (EU) und das Reizthema Transferunion.

Der Autor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter VWL-Professor an der Universität Heidelberg, kommt auf unglaubliche Summen: 324 Milliarden Euro steuerte Deutschland seit der Wiedervereinigung zu den operativen Ausgaben der EU bei, 178 Milliarden Euro flossen zurück. Für den Zeitraum 1991 bis 2008 errechnet Willeke so die gigantische Summe von 146 Milliarden Euro Nettzahlungen durch Deutschland. ...

Nach diesem Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" hätte Deutschland von 1991 bis 2008 nicht 146 Milliarden Euro, sondern 84,9 Milliarden Euro zahlen müssen. Somit wurden Deutschland "61,1 Milliarden Euro zu viel zugemutet", rechnet Willeke. Er nennt Deutschland nicht nur Zahlmeister, sondern Melkkuh, und erlaubt sich die Bemerkung, Deutschland werde "ausgeplündert". ...<<

24.09.2011: Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtet am 24. September 2011: >>**Die wahre Schuldenlast**

Deutschlands große Lüge

Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000.000.000.000 (2.000 Milliarden) Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.

... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.

Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen.

... Doch selbst die gewaltige Summe von zwei Billionen Euro ist im Grunde nur die Spitze des Eisbergs. Die wahre Staatsverschuldung ist weit höher. Die amtlichen Statistiken erzählen nur einen Teil der Wahrheit.

Denn die deutschen Sozialkassen sind riesige Verpflichtungen eingegangen, die in der Zukunft zu hohen Ausgaben führen werden, ohne daß dafür Kapital angespart wurde. Auf mehr als 4,8 Billionen Euro oder 185 Prozent des BIP kalkuliert der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen des Staates, insbesondere der Sozialversicherungen. ...<<

21.04.2012: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. April 2012 (x887/...): >>**"Holt unser Gold heim!"**

Initiative fordert: Deutsche Goldreserve zurück nach Deutschland

Eine Initiative aus Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern, Kaufleuten, Verlegern und Publizisten hat sich zusammengetan, um die Rückführung der deutschen Goldreserven nach Deutschland zu erreichen. Die Reserven befinden sich Schätzungen zufolge zu 66 Prozent in New York, zu 21 Prozent in Paris, zu acht Prozent in London und nur zu fünf Prozent am Sitz der Bundesbank in Frankfurt. Die Bundesbank verwaltet das Gold des deutschen Volkes treuhänderisch.

Es handelt sich offiziellen Angaben zufolge um 3.400 Tonnen, die derzeit einen Marktwert von rund 140 Milliarden Euro haben. Das Gold ist im Wesentlichen der Ertrag deutscher Exportüberschüsse zu Zeiten der Goldstandard-Währungen des Bretton-Woods-Systems in den 50er und 60er Jahren.

Die Initiative "Holt unser Gold heim" geht aus vom Europäischen Steuerzahlerbund (TAE) und der Deutschen Edelmetall-Gesellschaft. ...

Sie fordern, daß zunächst unabhängig überprüft wird, ob das deutsche Gold überhaupt noch vollständig ist, woran immer wieder Zweifel aufkommen. Dann sollten die Barren "zeitnah" nach Deutschland überführt werden. Gold gilt als "Geld für den Ausnahmezustand", weshalb Experten wenig Sinn darin sehen, die Barren im Ausland zu lagern. Fragen nach dem Sinn der Fernlagerung werden kaum beantwortet.<<

26.05.2012: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Mai 2012 (x887/...): >>>**Jugend ohne Gott**

Nirgends auf der Welt wird so wenig an Gott geglaubt wie in Mitteldeutschland - Gründe in der Geschichte

In der Tschechischen Republik und in den östlichen Bundesländern ist der Atheismus weit verbreitet. Genauer gesagt, glauben nirgends auf der Welt so wenige Menschen an Gott wie in Mitteldeutschland. Das hat eine neue US-Langzeitstudie herausgefunden hat. Berlin ist demnach ein Epizentrum der Gottlosigkeit, was für das allgemeine Wertgefüge hierzulande nicht ohne Konsequenzen bleibt.

Erstaunlicherweise ist in den fünf neuen Ländern und dem Ostteil Berlins der Atheismus auch in der Altersgruppe von jungen Menschen unter 28 Jahren, die nach der "Wende" 1989/90 bereits in der vereinten Bundesrepublik groß geworden sind, weit verbreitet. 71,6 Prozent von ihnen geben an, daß sie noch nie an die Existenz Gottes geglaubt haben. Damit ist der Unglaube fast genauso hoch wie in der Altersgruppe der 38- bis 47-Jährigen (72,6 Prozent).

In punkto Gottesferne bewegen sich also Jugendliche und Eltern, die noch die atheistische DDR-Erziehung genossen haben, etwa auf gleichem Niveau wie die jungen Leute. Offenbar waren also die Bemühungen der evangelischen und katholischen Kirche in den letzten 20 Jahren relativ erfolglos. Nur in der Altersgruppe zwischen 28 und 37 Jahren ist tatsächlich etwas weniger Atheismus festzustellen. Hier haben 63,8 Prozent noch nie an Gott geglaubt.

Als Erfolg können die christlichen Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften diese etwas günstigere Zahl aber wohl auch nicht verbuchen. Denn wahrscheinlich ist der Rückgang durch diejenigen bedingt, die aus beruflichen Gründen vom Westen in den Osten gewechselt sind, ihren Glauben sozusagen mitgebracht haben.

Die vorgenannten Zahlen stammen aus dem internationalen Forschungsprojekt "Beliefs about God across Time and Countries" (Glaube an Gott über Zeiträume und Länder) von der Universität Chicago. Die an der Langzeitstudie beteiligten Soziologen wollten herausfinden, wie sich der Gottesglaube in verschiedenen Ländern im Laufe größerer Zeiträume verändert. Daher erfragten sie in den Jahren 1991, 1998 und 2008 das Ausmaß an Religiosität in christlich geprägten Ländern auf der ganzen Welt.

Für Deutschland wurden die Ergebnisse nach Ost und West aufgeschlüsselt. "Ich glaube nicht an Gott", sagten in Mitteldeutschland 52,1 Prozent aller Befragten, während in Westdeutsch-

land dies nur 10,3 Prozent, in Rußland 6,8, in den USA drei und auf den Philippinen 0,7 Prozent erklärten. Der niedrige Wert in Rußland erstaunt vor allem deswegen, weil hier über mehr als 70 Jahre eine kommunistische Diktatur herrschte. Ähnlich wie die nationalsozialistische und sozialistische Herrschaft auf dem Gebiet Mitteldeutschlands versuchte sie den Menschen den Glauben an Gott auszutreiben. ...

Dramatisch zeigen sich die Auswirkungen besonders in den Kerngebieten der Reformation in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der evangelischen "Landeskirche Mitteldeutschland" mit der Lutherstadt Wittenberg gehören nur noch 19,5 Prozent der Bevölkerung an. Warum immer weniger Menschen mit dem von den christlichen Kirchen verkündeten persönlichen Gott etwas anfangen können, begründet der Erfurter Theologieprofessor Eberhard Tiefensee mit der "Areligiosität". Gemeint ist damit die Einstellung, daß es den Menschen völlig egal zu sein scheint, ob es Gott nun gibt oder nicht. Sie lassen den Höchsten links liegen und hoffen sozusagen ungestraft davonzukommen.

Ob das tatsächlich der Fall zu sein scheint, ist schon im irdischen Leben zweifelhaft. Galten früher bekennende Katholiken oder Protestanten zuweilen als eher rückständig, so scheint das heute anders zu sein. Die Religion gilt unter Kulturwissenschaftlern als der zentralste Motor für die Wertebildung, für Tugenden wie Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Fairneß und ehrenamtliches Engagement. Allerdings komme es dabei wesentlich darauf an, zu welcher Religion man gehört, an welchen Gott der Mensch glaubt. ...<<

14.07.2012: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Juli 2012 (x887/...): >>Energiewende schöngeredet

DIW-Studie für Greenpeace verharmlost Kosten des grünen Experiments - Preisexplosion wird geleugnet

Erneuerbare Energie ist nach einer aktuellen Greenpeace-Studie günstig zu haben: Der Atomausstieg beeinflusse die Kosten kaum. Schuld an der stockenden Energiewende und dem bisherigen Preisanstieg sei vielmehr die Bundesregierung, so das Gutachten.

Unternehmen geben sich mitunter ökologisch und ethisch korrekter, als es ihre Produkte bei kritischer Prüfung erlauben. Diesen Trend, sich grünzuwaschen (engl.: "Greenwashing"), attackieren Umweltschützer wie Greenpeace seit Jahren. Nun hat Greenpeace Deutschland, längst selbst ein Unternehmen, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie in Auftrag gegeben.

Das Papier zeichnet die Chancen für kostengünstigen, sauberen und grünen Strom in rosigen Farben. Konkret geht es in dem Gutachten um die Kosten der Energiewende in Deutschland. Anfang des Jahres warnte nämlich die Industrie vor deren hohen Kosten, trotz abfedernder Ausnahmeregeln: "Deshalb ist es fahrlässig zu behaupten, daß die Energiewende allenfalls ein paar alten Industrien die Existenz kosten werde", so der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel.

Arbeitsplatzverlust und De-Industrialisierung, Letzteres von EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Mai kritisiert, droht laut Wirtschaftsexperten daher vor allem wegen der hierzulande vergleichsweise hohen Stromkosten, angefeuert durch den Atomausstieg.

Nun stellte Claudia Kemfert, Mitverfasserin des neuen Greenpeace-Papiers und Leiterin des Bereichs Energie, Verkehr, Umwelt am DIW, abweichend fest, es sei "keine Strompreisexplosion zu erwarten". Außerdem gelte: "Ein möglicher Strompreisanstieg kann durch Energieeffizienzverbesserungen deutlich abgemildert werden."

Sparen soll demnach weiteren Preisanstieg und drohende Versorgungsengpässe infolge der Abschaltung von (Kern-)Kraftwerken verhindern. Wie das Grundproblem der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei steigenden Preisen für grüne Energien gelöst werden kann, erklärt die neue Studie nicht. Die Großindustrie habe enorme Möglichkeiten zum Stromsparen, hieß es nun bei Vorstellung der Studie pauschal. Demnach sei bis zum Jahr 2020 mit einem Auf-

schlag von gerade einmal 0,2 bis 0,6 Cent pro Kilowattstunde auf den Großhandelspreis für Strom zu rechnen. Das entspreche einem Preisanstieg zwischen vier und zwölf Prozent, rechnet das DIW vor.

Die Deutsche Energieagentur Dena schätzte im Dezember hingegen den Anstieg auf rund 20 Prozent bis 2020. Auch die Bundesnetzagentur rechnet mit höheren Preisen als die Umweltschützer.

Tatsächlich zahlen deutsche Verbraucher für eine Megawattstunde Strom bereits 80 Euro. In Italien sind es beispielsweise nur 60 und in den USA umgerechnet nur gut 40 Euro. Die Umweltaktivisten haben indes laut ihrer Studie vor allem das nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent weniger Kohlendioxidausstoß bis 2020 im Blick. Um das zu erreichen, sollen Stromproduzenten gut die Hälfte weniger Treibhausgase produzieren, fordert die Studie nun. Bei Abschaltung der Atomkraftwerke sei dies nur im Rahmen eines funktionierenden europäischen Emissionshandels möglich, behauptet das Papier. ...<<

08.09.2012: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. September 2012 (x887/...): >>Verrät uns auch Karlsruhe?

Staatsstreich: Parlament hat Deutsche bereits schutzlos dem ESM ausgeliefert

Tritt der Euro-Rettungsfonds ESM in Kraft, dann verliert der Bundestag de facto sein Budgetrecht und wird somit machtlos, denn eine ESM-Obergrenze ist nicht existent.

Gebannt blicken nicht nur die Deutschen am kommenden Mittwoch gen Karlsruhe. Dort entscheidet an jenem Tag das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über die Eilanträge gegen den "Europäischen Stabilitätsmechanismus" (ESM).

Trotz mehr als einjähriger Diskussion dürfte Millionen von Bürgern noch immer nicht klar sein, was dort auf dem Spiel steht. Das ist vor allem der geschickten Vorgehensweise der Bundesregierung und der rot-grünen Opposition zu verdanken, die es geschafft haben, die Deutschen über den brisanten Kern des "Rettungsschirms" ESM hinwegzutäuschen.

Die deutsche Haftung für zu "rettende" Euro-Länder sei streng begrenzt, heißt es. Und: Die Demokratie, vor allem das Mitbestimmungsrecht der Deutschen über ihr Geld, bleibe bestehen.

Beides ist falsch. Laut Vertrag kann das ESM-Führungsgremium beliebig Geld bei den Euro-Ländern einfach abrufen. Die "Obergrenze" von 700 Milliarden Euro, von denen schon so mehr als 192 Milliarden auf Deutschland entfallen, kann durch Tricks im Vertrag jederzeit angehoben werden. Und Deutschland kann sich gegen die Forderungen nicht mehr wehren.

Damit fällt auch das zweite Versprechen: Das wichtigste Recht des Parlaments, seine Herrschaft über den Steuersäckel, wird ihm de facto genommen. So machtlos, wie es der Bundestag dann sein wird, war (mit Ausnahme von NS-Zeit und DDR) kein deutsches Parlament seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871.

Von Berlin aus werden die Deutschen mit Spiegelfechtereien bei Laune gehalten und abgelenkt: Sie sei strikt dagegen, daß der ESM eine "Banklizenz" erhalte, mit der er sich grenzenlos Geld bei der Europäische Zentralbank (EZB) holen könne, tönt die Kanzlerin. Eine derartige Erweiterung des ESM-Mandats sei mit ihr nicht zu machen.

Doch Merkel weiß: Bereits im vorliegenden Vertrag ist die "Banklizenz" längst vorhanden, nur etwas verklausuliert formuliert. Und diesem Vertrag haben Union, FDP, SPD und Grüne im Juni im Bundestag zugestimmt. Die wenigen Gegenstimmen, angeführt von Klaus-Peter Willsch (CDU), Frank Schäffler (FDP) und Peter Gauweiler (CSU), waren einsame Rufer in der Wüste.

Bislang hat sich das BVerfG keinem der Euro-Abenteuer in den Weg gestellt, auch wenn ihre verfassungspolitischen Konsequenzen bereits bedenklich waren. Diesmal müßten die Richter endgültig "Stopp" rufen. Lassen sie auch diese Chance verstreichen und winken den ESM-Vertrag mit ein paar blutleeren Ermahnungen durch, stehen die Deutschen einem neuartigen

Staatsstreich gegenüber, gegen den sie kein Organ der Republik mehr schützt. Eine niederschmetternde Erfahrung, auf die das Volk dann selbst eine Antwort finden muß.<<

09.03.2013: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 2013 (x887/...): >>Deutsche sollen noch mehr bluten

Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen

Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden. ...

Kaum zu überblicken sind die zukünftigen Sonderlasten, welche den Deutschen aus den Euro-Rettungsschirmen erwachsen. Dennoch kennen die Verantwortlichen auch hier offenbar keinerlei Maß mehr. Zwar war vertraglich vereinbart und den Deutschen von ihrer Regierung heilig versprochen worden, daß der Euro-Rettungsfonds ESM nicht zur Rettung von Banken, sprich zur Rettung der Vermögen ihrer milliardenschweren Eigentümer, mißbraucht werden dürfe. Allein Staaten sollten daraus unterstützt werden dürfen.

Nun hat man offenbar eine Möglichkeit ersonnen, Vertrag und Versprechen zu brechen, ohne sich rechtlich anfechtbar zu machen. Der ESM soll "Tochtergesellschaften" gründen dürfen, die Kredite aufnehmen sollen, mit welchen sie maroden Banken unter die Arme greifen. Da der ESM ein Institut der Staaten ist, haften die deutschen Steuerzahler damit direkt für an Pleitebanken vergebene Kredite.

Die ESM-Töchter könnten auch dafür eingespannt werden, "um überdies begleitende Investitionen des Privatsektors in rekapitalisierte Banken zu ermutigen", heißt es im Entwurf. Mit anderen Worten: Investoren sollen "ermutigt" werden, in hochrentierliche Bankpapiere (Aktien, Anleihen) maroder Institute zu investieren, denn: Die hohen Renditen gehören ihnen, das Risiko hingegen trägt der Steuerzahler,

Pünktlich zu den Verhandlungen über solche "Tochtergesellschaften" am vergangenen Montag rief EU-Währungskommissar Olli Rehn die Deutschen zu "Solidarität mit Zypern" auf. Gemeint ist damit, daß die deutschen Steuerzahler jene Banken retten sollen, die im Verdacht stehen, Schwarzgeld-Milliardären aus aller Welt, vor allem aus Rußland, als "Geldwaschanlage" zu dienen.

Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlich Deutschland zu.<<

31.08.2013: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 2013 (x887/...): >>Zypern gewährt Grundeinkommen

Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung, Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.

Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<

07.09.2013: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 2013 (x887/...): >>Negativpreis für den Duden

... Seit 1880 gilt der Duden als "maßgebend in allen Zweifelsfällen". Der Verein Deutsche Sprache (VDS) hat dem Standardwerk zur deutschen Sprache und Rechtschreibung nun seine jährlich vergebene Negativauszeichnung "Sprachpanscher des Jahres 2013" verliehen.

Grund sind die nach Ansicht des VDS zu vielen "lächerlichen Angeber-Anglizismen", die mittlerweile Eingang in das Wörterbuch gefunden hätten. Der Duden trage "wie kaum eine andere Organisation dazu bei, daß sich sprachliches Imponiergehabe im Glanze einer quasi amtlichen Zustimmung sonnen dürfe", so der Vereinsvorsitzende Walter Krämer. Die Sprachschützer vom VDS kämpfen gegen die unnötige Verdrängung der deutschen Sprache durch englische Ausdrücke.<<

07.12.2013: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 2013 (x887/...): >>Jetzt kommt es dicke

Landessozialgericht NRW ermöglicht Einwanderungswelle in deutsches Sozialsystem
EU-Bürger haben nach einem Gerichtsurteil Anspruch auf Sozialhilfe, wenn sie mindestens ein Jahr in Deutschland leben. Städte und Gemeinden fürchten eine Einwanderungswelle vor allem aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.

Erneut hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen rumänischen Staatsangehörigen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) zugesprochen. Geklagt hatte eine rumänische Familie mit einem Kind, die seit 2009 in Gelsenkirchen wohnt und zunächst vom Verkauf von Obdachlosenzeitschriften und Kindergeld gelebt hatte. ...

Mit der Anfang kommenden Jahres in Kraft tretenden uneingeschränkten Freizügigkeit von Rumänen und Bulgaren innerhalb der EU wird diesen der Zuzug nach Deutschland erheblich erleichtert. Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München warnt daher vor einer Einwanderungswelle in die hiesigen Sozialsysteme. Er lehnt zwar eine Einschränkung der Freizügigkeit ab, fordert aber, daß derjenige, der in seinem Heimatland steuerfinanzierte Sozialleistungen erhalten könne, in einem anderen Land darauf keinen Anspruch haben dürfe.

Auch die Kommunen, aus deren Kassen die finanziellen Wohltaten kommen, fürchten einen Sozialtourismus nach Deutschland. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, erwartet "wirksame Maßnahmen gegen die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger". Schon jetzt seien viele Kommunen "mit der Finanzierung der Unterbringung und Versorgung dieses Personenkreises" überfordert, so seine Begründung. ...<<

27.11.2014: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 27. November 2014:

>>Ausländer belasten deutschen Staatshaushalt übermäßig

Ausländer in Deutschland zahlen deutlich weniger Steuern und Sozialabgaben als Deutsche. Dies geht aus einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hervor. Unter Berücksichtigung aller Staatsausgaben betrage das "Finanzierungsdefizit 79.100 Euro je Ausländer".

Bei Deutschen liegt dieser Wert bei minus 3.300 Euro. Auch die Arbeitslosenquote von Ausländern liege mit 16,7 Prozent deutlich über der von Deutschen (5,9 Prozent). Zudem kam das ZEW zu dem Ergebnis, daß 2012 in Deutschland geborene Ausländer ohne weitere Integrationsanstrengungen bis an ihr Lebensende 44.100 Euro mehr an Sozialleistungen erhalten, als sie an Steuern und Sozialabgaben zahlen würden.

Nur wenn die allgemeinen Staatsausgaben, etwa für Infrastruktur und Militär, sowie die künftige demographische Entwicklung nicht berücksichtigt werden, entsteht ein leichter Überschuß im Verhältnis von gezahlten Steuern und erhaltenen Sozialausgaben. ...<<

06.09.2015: Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtet am 6. September 2015:

>>**Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen**

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen – bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.

Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen – etwa am Hauptbahnhof in München – empfingen die Flüchtlinge mit Applaus.

Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokratische Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze. ...<<

16.10.2015: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Oktober 2015: >>**Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro, jedes Jahr**

Deutschlands Top-Volkswirte warnen: Die Republik wird sich bei der Flüchtlingskrise übernehmen. Ökonom Fuest rechnet mit Milliarden-Kosten. Dadurch könnten die Steuern um sechs Prozent steigen.

Die Flüchtlingskrise hat das Land fest im Griff. Die Sorgen in der Bevölkerung und in der Politik sind groß: Schaffen wir das? Können wir so viele Flüchtlinge aufnehmen? Können wir die Hilfesuchenden in den Arbeitsmarkt integrieren? Und wie teuer wird das alles? ...<<

06.01.2016: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

01.07.2016: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Juli 2016 (x887/...): >>**Horror für Brüssel**

"Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf in vielen EU-Mitgliedstaaten

Die Briten kehren der EU - nicht Europa - den Rücken und stürzen die Eurokratie in ihre tiefste Krise. Das Europa jenseits der Gemeinschaft erhält Zuwachs, Selbsterkenntnis in der EU wächst indes nur spärlich.

Der Brexit ist beschlossen und die Nachricht rollte einem Tsunami gleich über Brüssel und Berlin. Angesichts der politischen und medialen Flankierung für einen Verbleib ist die Volksabstimmung überraschend eindeutig ausgefallen. Entsprechend groß fielen Entsetzen und Hysterie auf dem Festland aus. Doch die Börsen- und Währungskurse gerieten nur kurzzeitig ins Wanken, die Welt geht nicht unter.

Untergangsstimmung ergreift jetzt aber Politiker, die am Volk vorbeiregieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sieht den "ganzen Kontinent in Geiselhaft". ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. Juli 2016 (x887/...): >>**Merkel war's**

Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten "Flüchtlingslawine" hatten maßgeblichen Ein-

fluß auf das Ergebnis des Brexit-Votums

Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die "Flüchtlingslawine" der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwanderern, fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert.

Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang weggesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche "politische Korrektheit" der linken "Gutmenschen" in der Labour-geführten Stadt. Die meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, daß Rotherham kein Einzelfall war. ...<<

30.09.2016: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2016 (x887/...): >>Blind und wehrlos

Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht

Ist der "Schuldskult" zum Willen nach Selbstauflösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.

Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören, den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.

Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.

Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.

Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistieren soll. ...<<

18.10.2016: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 2016: >>Offenbarungseid in Brüssel ...

Es war der Tag der Wahrheit für die 28 EU-Mitgliedstaaten: Bis zum gestrigen Montagabend mußten die Finanzminister ihre Entwürfe für den Etat 2017 in Brüssel bei Währungskommissar Pierre Moscovici einreichen. ...

Auf der Schuldensünder-Bank der Union sitzen die bekannten Sorgenkinder. Frankreich, Portugal, Spanien, Griechenland, Rumänien, Italien und Kroatien werden auch im nächsten Jahr die Defizit-Grenze reißen, die üblicherweise bei drei Prozent liegt. Tatsächlich aber gibt Brüssel schon seit Einführung der Haushaltskontrolle die Höchstgrenze für jede Hauptstadt einzeln

vor – und die kann schon einmal deutlich niedriger ausfallen. ...

Paris reißt zum neunten Mal hintereinander die gesetzten Stabilitätshürden – mit einem Defizit von 2,7 Prozent nach 3,3 Prozent in diesem Jahr so der Plan. Stammgast auf der Sünderbank ist übrigens Griechenland, das nun seit 21 Jahren keinen ausgeglichenen Etat vorweisen kann. ...<<

27.10.2016: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Oktober 2016: >>**Regierung warnt vor Altersarmut**

... Viele Menschen in Deutschland rutschen voraussichtlich in die Altersarmut ab, wenn sie nicht selbst vorsorgen. ...

2015 erhielten 90 Prozent der 65-Jährigen und Älteren eine Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Bezogen auf alle Empfänger ergebe sich in diesem System eine durchschnittliche Leistungshöhe von 960 Euro Brutto und 861 Euro Netto im Monat. Dabei seien größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern festzustellen. ...<<

31.10.2016: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Oktober 2016: >>**Niedrigzinsen kosten Bürger Milliarden**

Deutschlands Sparern gehen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank alljährlich mehrere Milliarden Euro verloren. Die jährlichen Zinsgutschriften auf Spareinlagen sind von 2009 bis 2015 auf ein Drittel ihrer früheren Höhe geschrumpft - von 13,8 auf 4,4 Milliarden Euro, wie aus den in den Monatsberichten der Bundesbank veröffentlichten Zahlen hervorgeht.

Die großen Gewinner hingegen sind Bund und Länder: Die Ausgaben für die Schuldzinsen sind stark geschrumpft - allein der Bund zahlte 2015 fast 15 Milliarden Euro weniger als 2009 ...<<

27.11.2016: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 2016: >>... **Volksabstimmung Schweizer wollen Atomkraftwerke nicht schnell abschalten**

Die fünf Atomkraftwerke in der Schweiz werden nicht vorzeitig vom Netz genommen: In einer Volksabstimmung hat eine überraschend große Mehrheit der Eidgenossen eine entsprechende Initiative abgelehnt.

Schon am frühen Nachmittag war in der Schweiz klar, was sich seit dem Vormittag immer mehr abgezeichnet hatte: Die fünf Atomkraftwerke des Alpenlandes werden nicht vorzeitig stillgelegt. In einer Volksabstimmung lehnte eine überraschend große Mehrheit von 54,2 Prozent eine Initiative der Grünen Partei (GPS) ab, die einen sofortigen "geordneten Ausstieg aus der Atomenergie" vorgesehen hatte. Für die Atomausstiegsinitiative votierten 45,8 Prozent der Eidgenossen. ...

Die 1969 sowie 1971 fertiggestellten AKW Beznau 1 und Beznau 2 liegen weniger als zehn Kilometer Luftlinie von der Südgrenze Deutschlands entfernt. Auch das Atomkraftwerk Mühleberg in der Nähe von Bern hätte 2017 vom Netz genommen werden müssen, die zwei weiteren Schweizer AKW bis spätestens 2029. Beznau 1 war der erste Atommeiler der Schweiz und ist das älteste noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerk der Welt. ...<<

15.12.2016: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Dezember 2016: >>**4,7 Millionen Muslime**

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime hat sich von 2011 bis 2015 um rund 1,2 Millionen erhöht. Damit lebten mit Stichtag 31. Dezember 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime in Deutschland, teilte das Bundesinnenministerium mit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt demnach zwischen 5,4 und 5,7 Prozent. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 15. Dezember 2016: >>**Blutiger Protest vor dem Landtag**

Tierhalter demonstrieren gegen den Wolf - mit Kadavern gerissener Tiere ...

Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) zeigte sich verständnisvoll. Die eigenen Tiere getötet und zerfetzt vorzufinden sei "eine sehr belastende Situation", sagte der Minister im Landtag, wo gestern zeitgleich zum Protest draußen über das Thema diskutiert wurde. Und Wenzel kündigte an, den Weidehaltern schneller helfen zu wollen:

So soll das Meldesystem verändert werden, damit das Wolfsbüro schneller von Rissen erfährt. Außerdem sollen betroffene Halter rascher als bisher Hilfe bekommen. "Das kann die Bereitstellung von Zaunmaterial sein, das kann tatkräftige Unterstützung sein, das kann gegebenenfalls auch die temporäre Unterstützung mit Herdenschutzhunden und erfahrenen Hirten sein", sagt Wenzel. Über 100 Jahre habe es keinen Wolf in Niedersachsen gegeben - das Zusammenleben müsse neu erlernt werden, so der Minister. ...<<